

chts-Feier

ischen und theatraischen
einer Gadenverlojung
ren" ab.

Anfang präzis 8 Uhr.
glieder M. 100.— Es ist
en die Hälfte der Eintritts-
zuführen.

Der Ausschuf.

dachte Gaben zur Gaben-
Borfindenden und vom
dankend entgegengenommen.

sonderen Anzeige.

r. Mann

Hamp

at nach langem, schweren

Hinterbliebenen

arem Leid:

Hamp, geb. Gerwig.

. Dezember 1922.

et Mittwoch nachmittag

Br., den 4. Dez. 1922.

Anzeige.

nd Bekannten die traurige
Gattin, Mutter, Schwester

augensee,

nd,

lich überstandener Ope-
ge sanft heimgegangen ist.

tiefer Trauer:

Gottlieb Dausmann.

Elisabeth Kaufmann.

Hermann Kaufmann.

nachmittag 1 1/2 Uhr.

Straßenschuhe.

s 1a Kid-Reinleder gefällig

fel, welche vollkommen Ras-

leder-Doppelsohle 18000.—

Schnürschuhe, eigenes Fabrikat

Herren-Sport-Schnürschuhe, gelb

Herren-Sport-Schnürschuhe

Jagd-Schnürschuhe mit starkem

gummi, ca. 25 cm hohe Sohle

Belagung 25000.—, S. 2 mit

ca. 25 cm hohen Sohlen,

1a Luxus-Bearbeitung,

regamafchen mit vorzgl. an-

schwarz, dunkel oder schok-

un, 1a Luxus-Bearbeitung,

15000.— pro Paar. Zwei-

er Füllfüßler, in laubere-

je nach Größe. Diese Zwei-

ermen Fuß und halber un-

terlässe unentbehrlich, etc. jeht

nach Größe. Schlauch-Wick-

maschinen, etwas geb., jedes

in gelbem Reinleder 500.—

Strümpfe.

3500.—, 7000.—, 8000.—

3600.—, Tricotstrümpfe

sowie reinwollene Strümpfe

et-Jagd-Strümpfe, prima Qual.

wollene 3000, 3400, 4000.—

zweite, Strümpfe angeben

ein anstandslos.

nd Berufskleidung,

surfurter Alce. (Inf. W 18).

nur für vorhandene Ware.

igt.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mack'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 286.

Neuenbürg, Mittwoch, den 6. Dezember 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 4. Dez. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf einer 6. Runderung des Besoldungsgebiets für Württemberg festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. Nach diesem Entwurf sollen im Besoldungsgebiet, nach dem Reichsfinanzministeriums gegen Württemberg entworfenen, gestrichen werden: In Art. 16 Abs. 3 die die Vorkämpfer betreffende Nummer 5 und in Art. 21 Abs. 2 der Besoldungsliste wegen des Besoldungsbediensteten der Württ. Besoldungsliste Gruppe 10. Außerdem soll ausdrücklich bestimmt werden, daß für ein und dasselbe Kind der Kinderzuschlag nur einmal gewährt werde, und endlich soll der Art. 20 die folgende Fassung erhalten: Das Dienstverhältnis, sowie die Kinder- und Teuerungszuschläge werden monatlich voraus, von planmäßiger Beamtenschaft bei Ueberweisung auf ein Konto vierteljährlich voraus bezahlt. Für die Schulpflichtigen sind abweichende Bestimmungen zulässig. Dierach erhalten auch die nichtplanmäßigen württembergischen Beamten ihre Bezüge künftig monatlich voraus bezahlt.

Stuttgart, 5. Dez. Der Landesverband der Rheinländer in Württemberg sandte in Anbetracht der drohenden Gefahr im Rheinland folgendes Telegramm an den deutschen Reichstag nach Berlin: Bietet alles auf, daß unsere liebe Rheinlande Deutschland erhalten bleibt. — Lieber allem entsagen, als Fremdherrschaft tragen.

Wiesbaden, 5. Dez. Regierungsdirektor Dr. Prange, der seitliche Deserent bei der Regierung in Wiesbaden, der, wie berichtet, am 31. August nach einer Hausjagd im Wiesbadener Regierungsgelände von der französischen Polizei verhaftet, später aber wieder aus der Haft entlassen wurde, ist am Samstag nachmittag erneut festgenommen worden.

Berlin, 5. Dez. Der preussische Kultusminister Dr. Bogner hat heute abend in einer öffentlichen Versammlung den Stand und die Fortführung der preussischen Schulreform im neuen Reformarbeitsplan kundgegeben. Die Reform der Lehrerbildung an, die in Preußen eine nachdrückliche Förderung erfahren solle. In den nächsten Tagen solle ein Erlaß über die Schülervereine ergehen, der den Verantwortlichen der Schule abgrenzen und die Mitwirkung von Familien und Parteien beanspruchen soll, um die Jugend vor verfrühter Kulturförderung zu bewahren und sie mehr als bisher zur Staatspflicht zu erziehen.

Kleine Anfragen.

Stuttgart, 5. Dez. Der Abg. Wälder (SP.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage an die Staatsregierung gestellt: Die ungeheure Steigerung der Eisenbahnfrachten ist für die gesamte Industrie, vornehmlich die süddeutsche Industriefabrikation, allmählich nicht mehr zu tragen. Diese Frachterhöhung ist die Ursache neuer gewaltiger Erhöhung der Kohlenpreise und Bedarfsgegenstände. 1. Hat die Staatsregierung Gelegenheit erhalten, sich zu dieser letzten Tarifserhöhung zu äußern? 2. Hat sie im Interesse der Industrie und der Lebenshaltung unferes eigenen Landes hiergegen Stellung genommen? 3. Hat sie sich gegen die Tarifpolitik einfacher Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben gewandt oder 4. Vertritt sie dem Reich gegenüber die Forderung der Vereinfachung des gesamten Verkehrsnetzes? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Stuttgart, 5. Dez. Da die Veranlagung zur Wälderbergwerksteuer für 1923 in allerhöchster Zeit erfolgen muß, hatte der Abg. Wälder (SP.) im Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der das Staatsministerium um Auskunft ersucht wird, ob bestimmt damit gerechnet werden kann, daß der vom Finanzminister bei der Generaldebatte zum Etat angegebene Gehaltensfuß noch rechtzeitig dem Landtag zur Verabschiedung vorgelegt wird.

Der Streik in Ludwigshafen.

Mannheim, 4. Dez. Auf Veranlassung der Speyerer Regierung und des Bürgermeisters in Ludwigshafen sind zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Direktion der Badischen Salin- und Sodafabrik andererseits Verhandlungen wegen Beilegung des Streiks im Gange. Bei der Abstimmung in der städtischen Ratsversammlung ist, wie die Arbeiterzeitung behauptet, eine Resolution zur Annahme gelangt, die die Haltung der Gewerkschaften verurteilt und sich für die aktive Solidarität mit den Streikenden erklärt. In einer Versammlung der Betriebsräte in Heidelberg stimmten von 220 Anwesenden nur 18 für den Streik. In Speyer stimmten nur kaum wenige für den Streik. Die Zentralstreikleitung gibt bekannt, daß sie einen Antrag an den Reichstag eingebracht habe, wenn verlangt wird, daß das Akord-Prämienystem in der chemischen Industrie verboten wird, da dieses System die Arbeiter-Kontingente verschuldet habe. Weiter wird bekannt, daß der Kommunist Klemme in Ludwigshafen eingetroffen ist.

Bayerns Ablehnung der Drohnote Polinars.

München, 5. Dez. Der bayerische Ministerpräsident wird frühestens am nächsten Donnerstag von der Ausstrahlung mit der Reichsregierung über die Vorkämpfernote zurück erwartet. Vor der Rückkunft des Ministerpräsidenten wird keine Partei irgend einen Schritt tun, aber Vorbereitungen für große Kundgebun-

gen sind schon getroffen. Sobald der Ministerpräsident zurück sein wird, wird er sofort mit den Parteiführern im Landtag Rücksprache nehmen und ihnen mitteilen, wie sich die Reichsregierung, soweit Bayern in Frage kommt, zu den Forderungen der Vorkämpfernote stellt. Wenn von den beiden Städten Passau und Ingolstadt 2 Milliarden Bayerische Mark als Buße gefordert werden, so können weder diese beiden Städte noch der bayerische Staatsfiskus eine solche Summe zahlen, weil sie einfach nicht vorhanden ist, denn die bayerischen Gemeinden sind längst im Zusammenbruch und gerade die beiden Städte Passau und Ingolstadt scheitern in großem Defizit. Der bayerische Staatsfiskus selbst weist für 1923 einen Fehlbetrag von über 4 1/2 Milliarden Mark auf. Wenn der bayerische Ministerpräsident gegenüber den Forderungen der Vorkämpfernote ein Nein antwortet, und zwar deshalb, weil die Forderungen einfach nicht geleistet werden können, so ist sicher, daß der bayerische Ministerpräsident das gesamte bayerische Volk und alle Parteien geschlossen hinter sich haben wird.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei bringt eine parteioffizielle Auslassung zu den Vorparlamenten in Passau und Ingolstadt, in der es u. a. heißt: Irgend die bayerische Regierung in Betracht käme, könne man sich der festen Überzeugung hingeben, daß sie sich zu keinen Maßnahmen hergeben wird, welche der nationalen Würde zuwiderlaufen. Wenn auch in München endgültige Beschlüsse erst fassbar werden können, wenn der Ministerpräsident mit dem Kanzler Rücksprache genommen haben wird, so steht schon fest, daß, so weit Bayern in Frage kommt, dem Verlangen der Entente in dem gewünschten Maße nicht entsprochen werden kann. Der bayerische Ministerpräsident darf alle national denkenden Kreise im ganzen Lande hinter sich wissen, wenn er für die bayerische Regierung und für seine Person jede Demütigung ablehnt, die sich mit der nationalen Würde und mit der Finanzlage des Staates in keiner Weise vereinbaren läßt.

Stresemann für deutsch-französische Wirtschaftsverhandlung.

Gotha, 4. Dez. Am 2. und 3. Dezember hielt die Deutsche Volkspartei, Landesverband Thüringen, ihren zweiten Parteitag in Gotha ab. Neben Ausschlußberatungen und einem Referat des früheren thüringischen Ministers Braun sprach der preussische Landtagsabgeordnete Winterfeld am vorletzigen Abend über „Deutsche Not und deutsche Hoffnung“. Am Sonntag bildete die Rede des Führers der Partei den Höhepunkt und den Schluß. Dr. Stresemann führte in einer 2 1/2 stündigen, von hürmlichem Beifall über unterbrochenen Rede aus, daß die außenpolitische Lage vor allem ein langfristiges Moratorium verlange und die endgültige Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschulden. Als einzigen Weg der Rettung bezeichnete er eine deutsch-französische Wirtschaftsverhandlung, die aber nur möglich sei, wenn Frankreich endlich die Politik der Sanktionen und Drohungen einstelle. Er verteidigte innerpolitisch die Koalitionspolitik, die in der heutigen Zeit die einzig mögliche sei. Mit einem maßvollen Bekenntnis zum geschwundenen deutschen Vaterland schloß die würdig verlaufene Tagung.

Geplante Abänderung der Devisenordnung.

Berlin, 5. Dez. Der Reichswirtschaftsminister hatte am Montag nachmittag die verschiedensten Kreise des Wirtschaftslebens und der wirtschaftlichen Organisationen zu einer Besprechung darüber geladen, ob und wie weit Änderungen der bestehenden Bestimmungen der Devisen-Notenordnung vorzunehmen sein würden, da er beabsichtige, das Gesetz über den Verkehr mit den ausländischen Zahlungsmitteln mit den Bestimmungen und nachträglich erlassenen Aenderungsbestimmungen einheitlich zusammenzufassen. Der „Vorwärts“ ist als einziges Blatt über diese Besprechungen berichtet, meint aber als Ergebnis der Sitzung zusammenzufassen zu können, daß das Reichswirtschaftsministerium eine gewisse Reizung zeige, den Unternehmerwünschen in bezug auf die Umwandlung der Devisennotenverordnung entgegenzukommen. Dafür würde man aber den kleinen wilden Notenzettel und den Wechselnotenbetrieb zu ersetzen suchen.

Ausland.

Paris, 4. Dez. Der französische Senat hat die Einführung des Frauenstimmrechts abgelehnt. Diese Entscheidung entspricht dem französischen Gefühl mehr als die Vereingebung der Frauen in den politischen Kampf. Als ein Senator bei der Besprechung der Vorlage erklärte, man solle die Hand der Frauen lassen, aber nicht bewaffnen, fand er allgemeinen Beifall.

Moskau, 4. Dez. Die Abklärungskonferenz wurde gestern eröffnet. Auf Antrag der bolschewistischen Delegierten wurde Litwinow einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Litwinow verlas eine Erklärung der Sowjetregierung, worin diese sich bereit erklärt, das russische Meer in einem Zeitraum von 1 1/2 bis 2 Jahren auf ein Drittel seines jetzigen Bestandes, d. h. auf 200 000 Mann, herabzusetzen, unter der Bedingung, daß die übrigen der vertragschließenden Länder in demselben Maß herabgelassen werden. Vorgelegt wurde ferner eine entsprechende radikale Herabsetzung der Seerechtsgebühren. Es wurde beschloffen, drei Kommissionen zu bilden, und zwar für die Frage der Abklärung, die Frage der Seerechtsgebühren und die Grenzfrage.

Ein Führer der bayerischen Monarchisten in Brüssel.

Paris, 5. Dez. Die bayerischen Monarchisten haben vor einiger Zeit versucht, am Brüsseler Hof Erdandigung darüber einzurufen, wie die Wiederherstellung des Königtums in Bayern von den Entente-Mächten angenommen würde. Wenn Ansätze nach sind die Entente-Regierungen von Brüssel aus auf die in München drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden. Die Warnungsschrift Italiens und der Tschechoslowakei bei der bayerischen Regierung sind nach diesen Informationen durch die in Brüssel erfolgte Sondierung zu erklären. Die Königin von Belgien ist bekanntlich eine Tochter des Herzogs Karl Theodor.

Tschischerin zur Meerengenfrage.

Lausanne, 4. Dez. Heute vormittag fand die erste Sitzung der Kommission für die Meerengenfrage statt. Lord Curzon erzielte zuerst den Vertretern der Uferstaaten des Schwarzen Meeres das Wort. Rasmed Pascha gab eine kurze Erklärung ab, in der er auf die Bestimmungen des nationalen Paktes von Andora hinwies. Darauf gab Tschischerin eine Erklärung ab über die grundsätzliche Haltung Rußlands in der Meerengenfrage. Darin heißt es: Die Anordnungen Rußlands, der Ukraine und Georgiens werden sich bemühen, in den Fragen, an deren Lösung sie teilnehmen, folgende beiden grundlegenden Gedanken zu verwirklichen: 1. Gleichheit der Stellung und der Rechte Rußlands und seiner Verbündeten mit der Stellung und den Rechten der anderen Mächte. 2. Wahrung des Friedens und Sicherheit der Gebiete Rußlands und der verbündeten Republik, sowie ihrer freien wirtschaftlichen Beziehungen zu allen anderen Ländern. Die russische, die ukrainische und die georgische Delegation behielten sich vor, der Konferenz später detaillierte Pläne über die Lösung der Meerengenfrage und der damit verbundenen Probleme zu unterbreiten. Die fähigste Freiheit der Handelschiffahrt und des friedlichen Seeverkehrs im Schwarzen und im Bosporus Meer, sowie in den Dardanellen muß ohne Einschränkung gesichert werden. Die Dardanellen und der Bosporus müssen in Friedens- und in Kriegszustand für Kriegsschiffe und bewaffnete Schiffe, sowie für militärische Flugzeuge aller Länder, außer der Türkei, geschlossen werden. Die russische Regierung und ihre Verbündeten fordern die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung der Rechte des türkischen Volkes auf sein Gebiet und seine Gewässer in vollem Umfang. Ebenso stellen sie die Tatsache fest, daß die türkische Regierung zu einer wirksamen Verteidigung der Meerengen und des Bosphorus gegen irgend einen Angriff nur dann befähigt sein wird, wenn ihr ausdrücklich das Recht zugekannt wird, ihre Küsten zu besetzen und zu bewachen, eine Kriegsschiffahrt zu betreiben und für die Verteidigung der Meerengen und des Bosphorus alle Hilfsmittel der modernen Kriegsführung anzuschaffen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. Dez. (Erhöhte Strafe.) Das Uebertreten des Raucherbotts im Eisenbahnwagen und in den Wartehäusern wird nun mit 60 Mark (bisher 20 Mark) bestraft. Wer ohne Fahrkarte im Zuge angetroffen wird, hat an der Bahnstation den doppelten Fahrkartenerweis, mindestens aber 60 Mark zu entrichten.

Neuenbürg, 5. Dez. (Nikolaustag.) Der 6. Dezember ist im Kalender der Nikolaustag, dem Andenken des hl. Nikolaus geweiht. Er spielt noch heute im Volksleben eine Rolle, wenn ihm auch nicht mehr die Bedeutung wie im Mittelalter zukommt, da das Weihnachtsfest im Laufe der Zeit den Nikolaustag in den Hintergrund gedrängt hat. Aber doch wird noch in vielen Orten ein Umzug des hl. Nikolaus gehalten, der die Kinder beschenkt und zum Fleisch und Geborgen ermahnt. Manches Kleinkind stellt zur Nachtzeit seinen Schuh auf das Fenster und erhofft mit sehnsüchtigem Verzen, daß der Nikolaus bei seinem nächtlichen Rundgang auch des Kindes Schuh mit Süßigkeiten fülle. Der hl. Nikolaus war Bischof von Myra (Luzjan), wurde während der Christenverfolgung des Kaisers Diokletian in den Kerker geworfen, aber von Konstantin dem Großen wieder befreit. In unserem deutschen Vaterlande ist Nikolaus, der vor seiner Ernennung zum Bischof dem Kaufmannstand angehörte, der Schutzpatron der Kaufleute geworden und im Zusammenhang damit auch der der Schiffer.

Wirkensfeld, 3. Dez. Auf eine in allen Teilen gut vorbereitete und wohlgeleitete Abendunterhaltung mit Gadenverlojung, welche gestern abend im Schwarzwaldhotel abgehalten wurde, darf die hiesige Freiwillige Feuerwehr zurückblicken. Da man weiß, daß von diesen Veranstaltungen immer Gediegene geboten wird, war der Andrang ein großer, so daß der geräumige Saal die zahlreich erschienenen nicht alle aufnehmen konnte. Die rühmlich besetzte Feuerwehrtabelle hat wichtige Berlen edler Musik zu Gehör gebracht. Dabei hat sie sich zum Teil an sehr schwierige Kompositionen herangewagt, die sie unter ihrem rührigen Kapellmeister meisterhaft zur Ausführung brachte. Genannt seien nur Operette von Opereite Opereite in der Intervalle von Offenbach, Opereite-Opereite von Abel, Opereite-Regiment, Marsch von Hantenburg, dann vor allem Größe aus dem Schwarzwald (mit Echo) von Fidler. Eingereicht waren drei Theaterstücke: Um der Mutter willen, Lebensbild in 2 Akten von Karl

Siber, der Better aus Amerika, schwäbischer Schwanke in 3 Aufzügen von Max Dürr und der Glockenschlag in Breslau oder die Sündenböcke von Magdalena, Schauspiel in 5 Aufzügen von Max Prof. Die einzelnen Rollen wurden von den Spielern trefflich wiedergegeben, so natürlich und wirkungsvoll, daß in vielen Augen die Tränen standen. Auch sie haben wie die Kasse ihr Bestes gegeben und zum Gelingen des Festabends beigetragen und daher den Dank und die Anerkennung der Zuhörer verdient. Freilich nicht alle. Denn es gibt immer auch solche, die viel mehr Interesse an leeren Geschwägen und Unrubemachen haben, als ihre Aufmerksamkeit edler Musik und schönen Theaterstücken zuwenden. Für sie wäre es besser, wenn sie solchen Unterhaltungen fern bleiben würden. Mit einer Gabenverlosung wurde die Feier beschloffen.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Dez. (Der Württembergische Lehrerverein zur Frage der mittleren Reife.) Der Gesamtvorstand des Württembergischen Lehrervereins hat nach eingehenden Beratungen folgende Entschliessung gefaßt: „Der Württembergische Lehrerverein lehnt Verechtigungen, die sich an das Durchlaufen einer Anzahl Klassen einer bestimmten Schulgattung knüpfen, als mit dem Wesen wahrer Bildungsarbeit unvereinbar ab. Er hält jedoch für diejenigen, die in mittleren Stellen bei Behörden und in gewisse Berufe einsteigen wollen, eine Bildung für notwendig, die über das hinausgeht, was an Mindestmaß von allem gefordert wird. Daher sind Einrichtungen zu schaffen, in denen diese Bildung (mittlere Reife) vermittelt wird. Um jedem Volksglied die Möglichkeit zu geben, sich die weitergehende Bildung zu erwerben, sind die zu schaffenden Einrichtungen sowohl den Völkern, Mittel- und Bürgerschulen, als auch an Berufsschulen anzuschließen. Auch ist Gelegenheit zu geben, durch Ablegen einer Prüfung den Besitz der weitergehenden Bildung nachzuweisen.“

Stuttgart, 5. Dez. (Protest des Stuttgarter Wirtvereins.) In einer Protestversammlung am nächsten Donnerstag wird der Stuttgarter Wirtverein Stellung nehmen gegen das mehrfach erwähnte Vorgehen des Landespolicheamts gegenüber dem Vorstand des Stuttgarter Wirtvereins in der Festsetzung von Mindestpreisen für Wein, Most und Kleinbrot. Weiter hat der Landesverband der Wirte Württembergs an das Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der eine Untersuchung der Vorkommnisse und eine Genugtuung für das Wirtgewerbe gefordert wird.

Stuttgart, 5. Dez. (Industriearbeiter.) Für allgemein verbindlich erklärt wurden durch Verfügung der Reichsarbeitsverwaltung vom 11. 11. 1922 die Gehaltsabkommen (Nachträge zum Industriearbeitervertrag) für Mai, Juni, Juli und August. Beantragt, aber noch nicht ausgesprochen ist die Allgemeinverbindlicherklärung für die weiteren Monate.

Stuttgart, 5. Dez. (Der Stuttgarter 100-Mark-Schein.) Als Abdruck der durch den Vorgegeldmangel notwendig gewordenen Notgeldaktion bringt die Stadtverwaltung in diesen Tagen 9 Millionen Mark in 100-Mark-Scheinen zur Ausgabe. Neben dem amtlichen Text trägt die Vorderseite folgenden von D. S. Herler verfaßten Vers:

Vor den Vätern gutes Geld,
Nicht ein Dandstocht in der Welt.
Wädet den' ich mehr um mich,
Bin nur Schein, der Glanz verfliehet.
Aber Du, o deutscher Mann,
Greif mich doch vertraulich an.
Deiner treuen Arbeit Sold
Wandelt wieder mich in Gold.

Die Rückseite zeigt neben der Wertangabe das Bild des alten Schloßplatzes.

Denklingen O. Spaltingen, 5. Dez. (Raubüberfall.) Auf dem Heimweg von Spaltingen über wurde in der Nähe der Galtengrube ein junger Mann von einem Mann mit gestülptem Wäpfer angefallen, der es auf den Mantel des Ueberfallenen abgesehen hatte. Der Räuber mußte sich aber mit kräftigen Stadtschlägen begnügen.

Kaltringen O. Kautzheim, 5. Dez. (Wäfer Ausgange.) Vor etwa 14 Tagen wurde der 63 Jahre alte Schuhmacher Georg Komperdt aus geringfügigen Kalah in einer Wirtshaus mit einem Messer auf den Kopf geschlagen. Der Verletzte ist im Bezirkskrankenhaus verstorben.

Ulm, 4. Dez. (Einbruch in der Ulmer Hütte.) Die besonders in Skulpturen bekannte Ulmer Hütte am Artberg erhielt unversehens Besuch durch Einbrecher. Neben dem Verlust von Wäferschäden und Lebensmitteln hat die Hütte Ulm einen größeren Sachschaden infolge Zerstörung von Fensterscheiben und Türschloßern zu beklagen. Die Hütte kann wegen des infolge der fortwährenden Feuerung zu erwartenden geringen Besuchs in diesem Winter voranschichtlich nicht bewirtschaftet werden.

Reichelschöfen, 5. Dez. (Nachahmungswert. — Uebermut.) Die hiesigen Industriearbeiter haben beschloffen, zugunsten der nachteiligen Einwohner den Betrieb einer Ueberstunde für diese zu verwenden, während die Arbeitgeber sich mit dem Doppelten Betrag des Entgeltes an der Aktion beteiligen wollen. — Sonntag nacht gegen 12 Uhr senkte ein junger Burse aus einem scharf geladenen Revolver in der Karlsruher mehrere Schüsse ab, um seiner Geliebten anzuzeigen, daß er sie ermarte. Diese erschien zwar nicht, aber ein Polizeibeamter, der den leichtsinnigen Jelden zur Feststellung seiner Personellen mit auf die Wache nahm.

Gemeinderatswahlen. In einzelnen Städten des Landes fanden am Sonntag die Gemeinderatswahlen statt. In Ravensburg erhielten Zentrum und christlich-nationale Arbeiterschaft 8 Sitze (weniger 1 Sitz), die Deutschdemokratische Partei und Deutsche Volkspartei 3 Sitze (mehr 1 Sitz), Kommunisten 2 (mehr 1 Sitz), die Sozialisten 1 Sitz (weniger 1). Die Abstimmung war flau. — In Beinaarten erhielten Zentrum 4, Kommunisten 2 und die Deutschdemokraten 2 Sitze. — In Friedrichshafen fielen dem Zentrum 5 Sitze (1 mehr, zusammen 11 von 20 Sitzen) zu, die Sozialdemokraten verloren 1 Sitz (gegenwärtiger Besitztand 5), die Deutschdemokratische Partei (insgesamt 3) und die Bürgerpartei (1 Sitz) behaupteten ihre Stellung. Die zum erstenmal auf dem Platz erschienenen Kommunisten vermochten sich nicht durchzusetzen.

Baden.

Kahr, 2. Dez. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den „Lohrer Hintenden Wätern“ für das Jahr 1923 im besetzten rheinischen Gebiet verboten. Das Verbot gründet sich unweil-

kehaft auf die durchaus richtige, aber satirische Kritik, die der „Hintende“ an den Besatzungstruppen und an manchem anderen hat, was den Franzosen nicht gefällt.

Hornberg, 3. Dez. Die beiden hiesigen Baumwoll-Waarenweber haben Betriebsbeschränkungen vornehmen müssen. Die eine Fabrik arbeitet nur noch 4 Tage wöchentlich, die andere hat die Arbeitszeit auf täglich 7 Stunden herabgesetzt.

Haslach, 4. Dez. Ein bekannter Obstgroßhändler erhielt wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer eine Geldstrafe von 222.580 Mark.

Vom Bodensee, 4. Dez. Die im Schneesturm auf das Schweizer Ufer bei Ermatingen und auf das Ufer der Insel Reichenau aufgelaufenen beiden Dampfer wurden wieder flott gemacht. Der bei Niedergel (Reichenau) aufgelaufene Dampfer „Stadt Radolfzell“ hat die ausgelegten Felsenecke zerstört und dadurch den Fischern einen in die Hunderttausende gehenden Schaden zugefügt.

Heidelberg, 2. Dez. Im hiesigen Josefsbalkrankenhaus starb nach langem schweren Leiden Graf Gög von Verlichingen aus Delmstedt im Alter von 65 Jahren. Er war ein direkter Nachkomme des bekannten Ritters Gög von Verlichingen mit der eichernen Hand. Die Beiche wird in der Familiengruft in Delmstadt beigesetzt.

Vermischtes.

Preiserhöhungen. Infolge Erhöhung der Kohlenpreise berechnete die Südd. Offenzentrale Mannheim auf die Liste vom 29. November folgende Zuschläge für die 100 Kilo: Formeisen 3000 Mark, Stabeisen 3020 Mark, Univ. 3230, Bandstahl 3840, Miede je nach Abmessung 3400—5000. — Der Verein Deutscher Spiegelglasfabriken in Köln erhöhte ab 1. Dezember den Gesamtverkaufspreis für Spiegelglas sämtlicher Kategorien auf 18 000 Prozent.

Neue Reichsbanknote zu 1000 Mark. Die Reichsbank gibt eine neue 1000-Mark-Banknote mit dem Datum vom 15. September aus. Das Papier ist weiß mit einem sich über die ganze Fläche wiederholenden natürlichen Wasserzeichen in Form eines großen Vierpasses von etwa 6 Millimeter Durchmesser.

Verlorenes Glück. Die Elektrische war schon besetzt. Trotz dem gelang es einer sehr hübschen und stattlich aufgedackerten Dame, noch einen Viertelplatz zwischen zwei Herren zu erweisen. Jetzt kam der Schöfner. Nervös fing die hübsche Dame an, sich herumzujagen und zu kräpfeln. Das Kostüm war sicher sehr modern und hatte überall sehr viele Knöpfe, aber die Tasche mit dem Fahrgeld war nicht zu finden. Immer erregter und verwirrt fuhrwerte die Dame herum, bis plötzlich der Mann neben ihr rief: „Nehmen Sie sich aber jetzt in acht, Sie haben mir schon zweimal die Dofentäner abgeknöpft!“

Mangel an Brotgetreide in Frankreich. Die „Habas“ melzet, wird durch ein Defizit gefahret, dem Brote 10 Prozent Roggen und 10 Prozent Reis beizufügen. In der Zeit vom 25. Dezember 1922 bis zum 31. August 1923 werde diese Vermischung zwangsweise zu erfolgen haben. Die Ausfuhr von Getreide und Futtermitteln ist bis auf weiteres verboten worden.

Kartwegliche Viebesgaben. Aus Christiania ist ein Sonderzug mit 15 Wägen Lebensmitteln und Kleidung abgegangen, die für Wien und Berlin bestimmt sind. Weiterezüge werden demnächst folgen. In Berlin werden die Viebesgaben durch das Deutsche Rote Kreuz und in Wien durch ein norwegisches Hilfskomitee verteilt werden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 5. Dez. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachtvieh waren zugeführt: 170 Ochsen, 37 Bullen, 244 Jungkälber, 200 Jungstiere, 124 Kühe, 516 Kälber, 452 Schweine, 2 Schafe. Ueberkauft blieben 10 Jungkälber, 24 Kühe, 4 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 24 000—27 000, 2. 18 000—23 000, Bullen 1. 22 000—24 500, 2. 18 000—21 000, Jungstiere 1. 25 000—27 500, 2. 21 000 bis 24 500, 3. 17 500—20 000, Kühe 1. 21 000—24 000, 2. 16 000 bis 19 000, 3. 10 000—14 000, Kälber 1. 32 500—35 000, 2. 30 000—32 000, 3. 25 000—28 000, Schweine 1. 49 000—51 500, 2. 44 000—48 000, 3. 30 000—40 000 Mark. Verkauf des Marktes: mäßig besetzt.

Schweinepreise. In Besigheim kosteten Käufer 28 000 Mark, Milchschweine 10 000—12 000 Mark, je das Stück; in Crailsheim galten Milchschweine 18 000—22 000, Käufer 50 000 bis 55 000 Mark, je das Paar; in Ravensburg wurde für ein Ferkel 6000—10 000, für ein Käufer 15 000—20 000 Mark bezahlt.

Reutlingen, 4. Dez. (Schranne.) Zugeführt wurden: 13,30 Zentner Weizen, 25,27 Zentner Gerste, 62,54 Zentner Haber, 6,34 Zentner Unterl. Dinkel, 1,54 Zentner Roggen. Preise per Zentner: Weizen 12 000—17 000 Mark, Gerste 11 600—14 000 Mark, Haber 9500—12 000 Mark, Unterl. Dinkel 13 000 bis 14 000 Mark, Roggen 11 000 Mark.

Großengängen, 4. Dez. (Viehmarkt.) Dem Viehmarkt waren zugeführt: 40 Ochsen, 25 Kühe, 20 Kälber und 60 Stück Jungvieh. Es kosteten: Ochsen 130 000—250 000, Kühe 80 000—150 000, Kälber 150 000—300 000, Rinder 60 000 bis 140 000 Mark. Schweine wurden mit 17 000—24 000 Mark pro Paar bezahlt.

Ulm, 5. Dez. (Viehmarkt.) Zutrieb: 10 Stück Großvieh, 53 Kälber und 21 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Bullen 1. 20 000—21 000, Jungstiere 1. 27 000, Kühe 1. 16 500—17 500, Kälber 1. 28 000—29 000 Mark, Schweine 1. 43 000—45 000, 2. 40 000—44 000 Mark. Markterlauf: besetzt.

Ulm, 5. Dez. (Säntemarkt.) Die Versteigerungszentrale Ulm brachte 3600 Großviehstücke und 4600 Kalbfelle zum Verkauf. Hierbei ergaben die Kühe 80—85 Prozent, die Kalbfelle 75—80 Prozent höhere Preise als bei der letzten Versteigerung. Im einzelnen kostete das Vieh bei Ochsenhäuten bis 29 Pfund 1626 Mark, 30 bis 40 Pfund 1262—1426 Mark, 50 bis 59 Pfund 1372—1675 Mark, 60 bis 79 Pfund 1317—1344 Mark, über 80 Pfund 977—1000 Mark; bei Rinderhäuten bis 29 Pfund 1718 Mark, 30—49 Pfund 1612—1636 Mark, 50—59 Pfund 1442—1463 Mark, über 60 Pfund 1370—1400 Mark; bei Kuhhäuten 40—49 Pfund 1281—1309 Mark, 50—59 Pfund 1240—1358 Mark, 60—79 Pfund 1297—1346 Mark; bei Herrensäuten bis 29 Pfund 1650 Mark, 30—49 Pfund 1552—1600 Mark, 50—59 Pfund 1200 Mark, 60—79 Pfund 980—1050 Mark, über 80 Pfund 780—800 Mark; bei Kalbfellen 3000—3050 Mark.

Worzhelm, 4. Dez. (Pferde- und Viehmarkt.) Auf dem Markt am 4. Dezember waren 165 Pferde aufgetrieben, darunter 4 Fohlen. Die Preise waren folgende: schwere Pferde 800 000—1 500 000 Mark, mittlere 500 000 bis 1 000 000 Mark und leichte 200 000—500 000 Mark das Stück. Der Handel lebhaft. An Vieh waren angetrieben: 4 Ochsen, 19 Kühe, Kalbinnen, 15 Rinder und 1 Kalb. Die Preise waren folgende: Kühe 150 000 bis 280 000 Mark, Rinder 80 000—200 000 Mark das Stück. Der Handel war mittelmäßig.

Worzhelm, 29. Nov. (Schweinefleischmarkt.) Aufgetrieben waren 5 Milchschweine. Es wurden 15 000 bis 18 000 Mark für das Stück bezahlt.

Neueste Nachrichten.

München, 6. Dez. Gestern gab im Landtag Präsidium Königsbauer eine Protesterklärung gegen die Entlassungen wegen der Vorfälle in Passau und Ingolstadt ab. Dieser Protest des Präsidenten des Landtags wurde von allen Seiten und bei allen Parteien des Landtags mit tiefster Ernst aufgenommen, wocaus man schließen kann und daß daß in der Verneinung wohl in Bayern eine Einheitsfront besteht.

München, 5. Dez. Zu der Meldung eines Berliner Blattes aus Paris, nach der bayerische Monarchisten verurteilt haben sollen, am Bräufelder Hof Erkundigungen darüber einzuziehen, wie die Wiederherstellung des Königtums in Bayern von den Ententemächten aufgenommen würde, worauf Warnungsschritte der Tschechoslowakei und Italiens bei der bayerischen Regierung eingetroffen seien, erklärt die Korrespondenz Hoffmann nichtamtlich von zuständiger Seite, daß gegenwärtige Maßnahmen einer fremden Macht bei der bayerischen Regierung niemals erfolgt seien.

München, 5. Dez. Das Münchener Wuchergericht hat gegen den Generaldirektor Rosenbergs vom Schuhhaus Roman u. Co. A. G. und den Prokuristen Heimann einen Haftbefehl erlassen, auf Grund dessen die Festnahme erfolgte. Die Erhebungen sind sehr umfangreich und der Staatsanwalt beschließt, den Fall vor dem Wuchergericht zur Verhandlung zu bringen. Das Schuhhaus Roman soll angeblich große Mengen Schuhwaren zurückgehalten haben.

Frankfurt a. M., 5. Dez. Der Magistrat beschloß, nunmehr den Hohenzollernplatz in „Platz der Republik“ umzubenennen, nachdem er seinen Beschluß, dem Paulplatz diesen Namen zu geben, zurückgezogen hatte.

Leipzig, 5. Dez. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Beschwerde des Korvettenkapitän Ehrhardt gegen den Haftbefehl zurückgewiesen. Weiter hat der Gerichtshof beschloffen, Ehrhardts gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen.

Berlin, 6. Dez. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat General Nollat die Präsidenten seiner verschiedenen Untersuchungskommissionen in der Provinz angewiesen, alle Beanstandungen oder Unregelmäßigkeiten, auf die die Kontrollkommissionen, sofort der Hauptkommission in Berlin zu melden, damit diese sogleich die entsprechenden Schritte tun könne.

Berlin, 5. Dez. Die Ärzte der Berliner städtischen Rettungssanktionen haben gestern beschloffen, solange keinen Dienst zu tun, bis von der Stadt eine ihrem Stand entsprechende Gehaltsregelung getroffen ist. Bisher sei ihnen nur ein Gehalt von 300 000 Mk. jährlich, d. h. weniger als für den jüngsten unverbereiteten Heilgehilfen, zugewilligt worden. — Der Reichspräsident hat heute den neuernannten französischen außerordentlichen bevollmächtigten Votschafter, Jacques de Margerie, zur Entgegennahme eines Begrüßungsschreibens empfangen. Die Ansprache des Votschafters widerzugeben lohnt nicht einmal Druckerfchwärze und Papier; es waren schöne, hübsche Worte, denen bald anderläutende Zeiten folgen werden. — Der Dollar wurde am Dienstag an der Börse in Frankfurt 8418.90 G., 8461.10 Br., in Berlin 8354.06 G., 8395.94 Br. notiert.

Lausanne, 6. Dez. James Boscha hat die Presse zu der Erklärung erwidert, daß die Nachrichten über die Lage der Christen in Konstantinopel dazu angehen seien, Bewirung hervorzurufen. Sie würden nur verbreitet, um die Verhandlungen zu Gunsten Griechenlands zu beeinflussen.

London, 6. Dez. Eine Reutersmeldung aus Konstantinopel vom 5. ds. besagt: Türkische Polizei verhinderte die Einschiffung von Griechen und Armeniern, die Konstantinopel verlassen wollten. Britische Truppen besetzten darauf das Jollamt und deckten mit Hilfe von Maschinengewehren die Einschiffung. Gestern nachmittag verhinderte türkische Polizei die Ausschiffung von Flüchtlingen aus Saffun, die sich an Bord eines französischen Dampfers befanden. Der Zwischenfall beschäftigt die alliierten Oberkommissare.

Sofia, 5. Dez. Gestern früh griff eine Bande mazedonischer Autonomisten und Parteigänger des Oppositivblocks die Stadt Rüstendil an, die von Sofia 100 Kilometer entfernt liegt. Die Bande fand keinen Widerstand. Sie unterbrach die Verkehrsverbindungen mit der Hauptstadt und nahm unter den Bewohnern der Stadt zahlreiche Verhaftungen vor. Die Regierung hat Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung getroffen. Die Vorgänge in Rüstendil sind ohne Rückwirkung auf die übrigen Gebiete geblieben, wo völlige Ruhe herrscht.

Washington, 5. Dez. Clemenceau ist gestern vormittag in Baltimore angekommen. Heute vormittag hat er dem Präsidenten Harding und Wilson Besuche gemacht. Am Donnerstag wird ein Frühstück im Weißen Hause stattfinden.

Das Attentat gegen Scheidemann vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 5. Dez. Nach der Eröffnung der Sitzung verurteilte der Vorsitzende den Beschloffen des Staatsgerichtshofs zu den Beweisanträgen des Justizrats Dr. Werthauer. Danach soll die Wirtschaftlerin des Geheimrats Tetzau, Köhler, ermittelt und vernommen werden. Die endgültige Beschlußfassung über die weitere beantragten Vernehmungen ist bis nach der Vernehmung einiger bereits geladener Zeugen ausgesetzt. Der Zeuge Sahl ist nicht erschienen und auch nicht ermittelt worden. Der Oberreichsanwalt teilt mit, er solle sich noch in Berlin aufhalten. Dieraus wurde in der Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die Kasseler Pensionärin Sabina Frau Wagner sagte aus, die

Zugelagten hätten die Feder Scheidemann... er habe einmal gef... „Gäule“. Der Zeuge... nach verneint die... prüft, das Ver... nommen worden... Mittelhandes wieder... Obermayer wandte... daß es sich nur um... Strafmaß anbetref... materiell geringere... schloß die Ver... Ausführen eines... seug auf die kaiserl... den, daß es sich hierbe... Schloffen auf dem... sollen Mädel ständen... ketären, sowie bei... denen, deren Dienst... Oberreichsanwalt... Ebe... um 11 Jahre Zuchth... drei Monate Gefäng... seinem Plaidoyer sag... der Tat lägen allerdi... um einen gemeinen... die Rat der Ueb... auch die Ueberlennu... Dauer von 10 Jahre... gen mittag um 12 U...

Die Minister...

Berlin, 5. Dez.

die durch die Entente...

gegen, zu denen... des Sachverhalts wic... von Krilling hatte at... sprechung mit dem... schließlich am Donner... dann sogleich die Be... aufzeichnen, so daß... dung der bayerischen

Die Minister...

Berlin, 5. Dez.

Reichsstatthalter eine...

gliedern der Regier... auch die stimmfähre... Reichsrat teilnahmen...

Reichsanzlers erstatte...

die ansehnliche, in... nahrungswirtschaftl... hand der Ausdrache...

sprechung fand ein Er...

Frank Cuno geladen... den Minister des Rei...

Mitglieder des Reich...

wirtschaftsrats, sowie...

Sozialdemokratisches...

Berlin, 5. Dez.

ing eine Interpellati...

der Preise aller... folgende Fragen vor...

regierung zur Sicherf...

was gebente die Reich...

Brotgetreides zu un...

regierung gegen die...

ter und sonstigen Ra...

Reichsregierung bere...

reicht, bei solchen Ve...

lichen Bewirtschaftun...

Berlin, 6. Dez.

den Klari richtet im...

in Clemenceau entl...

einigen Staaten. B...

Wegenunter Freund d...

in Genuev des deutl...

ng mit dem Ideen d...

hebe, so geschieht das...

angegeben hat, das...

war und in dem fall...

Demokratien der Wel...

schischen Kammer gef...

hien, den Krieg fort...

noch ein Okkupations...

Abzahlung einer Ent...

stellt werden wird.

Entschädigung zu erg...

gen, Frauen und die...

mehr gefloht hat, als...

und seine ganze Not...

zu werden. Der L...

Zweck, das kaiserliche...

land in ein demokr...

Wort ist, die deutsch...

aller aus dem Krieg...

rainiert. Amerika m...

lange dieses die Rist...

Trieben zuströbt. E...

3 Jahre der Erfahrung...

ron unermesslich d...

Frankreich, Deutschlar...



und Viehmarkt.) Auf 100 Pferde aufgetrieben, darunter folgende: schwere Pferde 500 000 bis 1 000 000 Stück das Stück. Der Bestand an Rindern: 4 Köpfe, 19 Kühe. Die Preise waren folgende: Rinder 80 000—200 000 Mark. (Weinmarktbericht.) Aufgekauft wurden 15 000 bis 18 000 Stück.

Nachrichten.

Im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Der Reichstag hat im Landtag Präfident gegen die Ententeformel. Bassau und Ingalat sind die Landtags wurde die Beschlüsse des Landtags mit dem Reichstag schließen kann und durch Bayern eine Einheitsfront.

Angeschlagen hätten bei ihr von Anfang bis Ende Mai gegessen. Ueber Scheidemann hätten sie sich absällig geäußert. Derschläger habe einmal gesagt: „Solche Dolmetschen gehören vor die Büchse“. Der Heuge Polizeidirektor Denschläger-München-Gladbach verneint die Frage des Vorstehenden, ob er festgesetzt habe, daß Duschert und Derschläger Beziehungen zur Organisation C. unterhielten. Er erklärt aber, er müsse annehmen, daß solche Beziehungen beständen. Auf eine Frage des Verteidiger Dr. Bloch erklärt Duschert, er kenne Derschläger nicht und habe ihn nie gesprochen. Der Verteidiger Duschert, Justizrat Duschert, erklärte, Duschert sei des versuchten Mordes, nicht des versuchten Mordes schuldig. Es sei Duschert auch zu glauben, daß er von keinem Standpunkt aus aus ideellen Gründen gehandelt habe. Dabei sei ihm auch nicht ebensolche Gefinnung vorzuwerfen. Für Derschläger sprach als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bloch, der ausführte, die Behauptung Derschlägers, daß er den Nordplan aufgegeben habe, verdiene höchste Beachtung. Ebenso sei zu prüfen, ob der Versuch nicht mit untauglichen Mitteln unternommen worden sei. Auch heute seien Söhne des Reiches Mittelstandes wieder auf der Anklagebank. Oberreichsanwalt Obermayer wandte sich in seiner Replik gegen die Anklage, daß es sich nur um versuchten Mord handele. Was das Strafmaß anbetreffe, so habe es sich im Mathenau-Prozess um materiell geringere Verhältnisse gehandelt, hier aber um gemeinschaftlichen Mordversuch. — Scheidemann wandte sich gegen die Ausführungen eines der Verteidiger und erklärte besonders in bezug auf die kaiserlichen Möbel, die in seiner Wohnung hängen, daß es sich hierbei um Möbel handle, die in den kaiserlichen Schlössern auf dem Boden herumgehoben hätten. Die gleichen Möbel hängen bei allen deutschen Ministern und Staatssekretären, sowie bei den meisten Oberpräsidenten, d. h. bei allen denen, deren Dienstwohnung mit Diensträttern ausgestattet sei. Oberreichsanwalt Obermayer beantragt gegen jeden Angeklagten 11 Jahre Zuchthaus und außerdem gegen Derschläger noch drei Monate Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitzes. In seinem Plaidoyer sagte der Oberreichsanwalt, die Beweggründe der Tat lägen allerdings auf politischem Gebiet, aber da es sich um einen gemeinen Mordversuch handele und die Angeklagten nie den Mut der Ueberzeugung gezeigt hätten, beantrage er auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Die Urteilsverhandlung erfolgt morgen mittag um 12 Uhr.

Besprechungen über Poincares Drebnote.
Berlin, 5. Dez. In unterrichteten Kreisen beurteilt man die durch die Ententeformel Bassau und Ingalat geschaffene Lage sehr ernst. Sorgenvoll sieht man den Entscheidungen entgegen, zu denen sich die Regierung in nächsterer Abführung des Sachverhalts wird bereit finden müssen. Ministerpräsident von Kiliang hatte am heutigen Nachmittag eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler, von Kiliang wird voraussichtlich am Donnerstag früh nach München zurückkehren und dann sogleich die Beratungen mit den Parteiführern wieder aufnehmen, so daß für Donnerstag die endgültige Entscheidung der bayerischen Regierung zu erwarten sein dürfte.

Die Ministerpräsidenten-Zusammenkunft in Berlin.
Berlin, 5. Dez. Heute nachmittag um 6 Uhr fand beim Reichskanzler eine Besprechung mit den vordirektiven Mitgliedern der Regierungen der deutschen Länder statt, an der auch die stimmungsbildenden Bevollmächtigten der Länder zum Reichstag teilnahmen. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichskanzlers erstatteten die zuständigen Ressortminister über die außenpolitische, innenpolitische, finanzielle, soziale und erwerbswirtschaftliche Lage kurze Berichte, die morgen Gegenstand der Aussprache sein werden. Im Anschluß an diese Besprechung fand ein Empfang statt, zu dem der Reichskanzler und Frau Gans geladen hatten. Der Reichspräsident, die anwesenden Minister des Reichs und der Länder und ihre Vertreter, Mitglieder des Reichstags, sowie des Präsidiums, des Reichswirtschaftsrats, sowie des preussischen Landtags nahmen daran teil.

Sozialdemokratische Anfrage zur Lebensmittelversorgung.
Berlin, 5. Dez. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht über die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel. Sie legen der Regierung folgende Fragen vor: 1. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zur Sicherstellung der Volksernährung zu treffen und was gedenkt die Reichsregierung gegen die Zurückhaltung des Brotgetreides zu tun? 2. Welche Maßnahmen will die Reichsregierung gegen die ungeheure Preissteigerung bei Milch, Butter und sonstigen Nahrungsmitteln veranlassen? 3. Ist die Reichsregierung bereit, die Umwälzung, welche die Preise stark erhöht, bei solchen Lebensmitteln aufzuheben, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen?

Ritt gegen Clemenceau.
Berlin, 6. Dez. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti richtet im „Berliner Tageblatt“ einen offenen Brief an Clemenceau anlässlich dessen Propagandareise nach den Vereinigten Staaten. Ritti schreibt u. a.: Ich war immer ein überzeugter Freund des demokratischen Frankreichs und schroffer Gegner des deutschen Imperialismus. Wenn ich heute häufig mit den Ideen der französischen Politik in Widerspruch stehe, so geschieht das, weil sie das Programm von Demokratie aufgegeben hat, das ihre traditionelle Kraft, ihre große Stärke war und in dem fatalen Jahr 1914 ihr die Hilfe fast aller Demokratien der Welt verweigerte. Sie selbst haben der französischen Kammer gesagt, daß die Friedensverträge ein Mittel seien, den Krieg fortzusetzen. Vier Jahre nach dem Krieg steht noch ein Okkupationsheer am Rhein unter dem Vorwand, die Bezahlung einer Entschädigung zu garantieren, die niemals bezahlt werden wird. Um die Bezahlung dieser widersinnigen Entschädigung zu erzwingen, steht am Rhein ein Heer von Neuren, Frauen und Kindern, das in den letzten Jahren weit mehr geliebt hat, als vor dem Kriege Deutschlands ganzes Heer und seine ganze Flotte. Sie wissen, welche Gewaltakte begangen wurden. Der Vertrag von Versailles hatte nicht den Zweck, das kaiserliche Deutschland zu entwaffnen und Deutschland in ein demokratisches Land zu verwandeln, sein wahrer Zweck ist, die deutsche Nation zu erstickern. Die Völkern sind aber aus dem Krieg hervorgegangen Kontinentalstaaten sind ruiniert. Amerika muß Europa jeden Kredit verweigern, solange dieses die Rüstungen nicht beschneidet und dem wahren Frieden zustrebt. Sie müssen die Amerikaner fragen, ob vier Jahre der Erfahrung nicht zu dem Beweis genügen, daß Europa unvermeidlich dem Abgrund zutreibt. Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien sind die vier fortschrittlichen

Nationen Europas. Ihre Uneinigkeit ist der Ruin Europas und der Niedergang der Welt.

Verhaftung eines russischen Betrügers.
Berlin, 5. Dez. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Urheber eines ungewöhnlichen Betrugsbunders zu verhaften, durch das eine ganze Reihe von Goldhändlern um Millionenbeträge geschädigt worden sind. Es handelt sich um den 26-jährigen, aus Rußland gebürtigen Kaufmann Samuel Rosenfeld, der seit dem Frühjahr dieses Jahres in Berlin eine Gold- und Silberantiquarische betreibt. Rosenfeld hat sich auf bisher unbekannt Weise in den Besitz von Manufakturwaren der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt in Berlin gesetzt. Die von ihm erworbenen Gold- und Silberwaren schmolz er zu Barren um, ließ sie von der Deutschen Scheideanstalt prägen und stampeln, falschte dann aber mit Hilfe der unrechtmäßig in seinem Besitz befindlichen Manufakturwaren deren Angaben und verkaufte die Barren auf Grund gefälschter Scheine. Entdeckt wurden die Fälschungen Rosenfelds durch den Reichsfinanzrat, mit dem er zuletzt bei den gefälschten Eintragungen des Goldbestands vorging.

Ein französisches Tendenzmord über deutsche Giftgase.
Paris, 5. Dez. Aus Paris wird dem „Matin“ folgendes gemeldet: General Rakowski, Kommandant des in Posen stationierten Korps, der als Spezialist in den Fragen des Gaskrieges bekannt ist, hat dem Pariser chemischen Institut eine sensationelle Mitteilung über neue giftige Gase der Deutschen zugehen lassen, gegen die die bisherigen Gasmasken nichts nützen sollen. Diese Mitteilung sei von deutschen Spionen aufgefangen worden und der General erhalte täglich aus Deutschland Briefe, die ihn mit dem Tode bedrohen.

Die „Matin“-Medlung trägt den Stempel der Erfindung auf der Stirn. Sie soll natürlich nur zu einer neuen Dege gegen die Deutschen dienen. Die deutschen Chemiker haben gegenwärtig anderes zu tun, als Giftgase herzustellen.

Propagierung eines englisch-französisch-amerikanischen Dreiebunds durch Clemenceau.

Paris, 5. Dez. Clemenceau wird heute auf der Rückreise von Baltimore in Washington ankommen und vom Präsidenten Harding, sowie dem Vizepräsidenten Wilson empfangen werden. Wie der „New-York Herald“ berichtet, herrscht in politischen Kreisen Amerikas großes Interesse für die Unterredung zwischen Clemenceau und Harding. Man nimmt an, daß der französische Exminister den amerikanischen Präsidenten zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Dreiebund zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einladen wird. In einem Interview erwiderte Clemenceau, daß er niemals gesagt habe, Amerika möge in den Völkerverbund eintreten. Er wünsche nur, daß Amerika sich der europäischen Politik wieder zuzwende. Er selber glaube an den Völkerverbund nicht.

Ein amerikanisches Urteil.

Paris, 6. Dez. Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson, Tammaly, der (eben von einer langen Studienreise aus Deutschland zurückgekehrt ist, hat einem Berichterstatter des „Intransigent“ erklärt: Die Lage in Deutschland ist kritisch. Das Schicksal Deutschlands wird sich in sechs Monaten entscheiden. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung von Seiten Frankreichs und Englands findet — und Amerika ist bereit, ihnen dabei zu helfen — so glaube ich, daß eine Katastrophe von unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen das Ergebnis sein wird. Tammaly erklärte dem Berichterstatter, er werde in Amerika seinen ganzen Einfluß anwenden, um die in Deutschland gemachten Eindrücke zur Geltung zu bringen.

Das Programm für die Londoner Besprechungen.

London, 5. Dez. Nach dem Pariser „Times“-Korrespondenten steht die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß von der Brüsseler Konferenz wenig zu erwarten sei, wenn bei den Londoner Verhandlungen nicht eine Einigung über folgende Punkte erzielt werden kann: 1. Endgültige Feststellung der Höhe der deutschen Schulden, 2. Zahlungsanweisung, 3. Verteilung der Zahlungen unter die Verbündeten, 4. Liquidierung der gegenseitigen Schulden der Verbündeten, 5. Wiederherstellung der deutschen Finanzlage unter Kontrolle der Verbündeten, 6. Ausbringung einer internationalen Anleihe, 7. Maßnahmen für den Fall der deutschen Nichterfüllung. In London hält man dagegen die Vorrede für wichtiger als die Brüsseler Konferenz, denn die Einigung der vier Ministerpräsidenten in London werde der Brüsseler Konferenz die besten Richtlinien geben und sie würde dann mehr eine Ausführungskonferenz der Londoner Beschlüsse sein. Deshalb ist man in London überzeugt, daß man nach erfolgter grundsätzlicher Einigung ohne weiteres Poincares Zustimmung zu einer technisch unermesslichen Verschiebung der Brüsseler Konferenz auf den 15. Januar erhalten werde.

Bankrott eines Dänenprinzen. Wie dem „Tagl. Korrespondent“ aus Kopenhagen geschrieben wird, veröffentlichte dieser Tage der dänische Hofbericht mit lakonischer Kürze, daß Prinz Waldemar nach Ostasien abgereist sei und sein Sohn Tage Dienste in der französischen Kolonialarmee in Marokko als Major genommen habe. Der wahre Grund wird erst jetzt bekannt; Prinz Waldemar hat sein ganzes Vermögen verloren. Wie erinnerlich, mußte kürzlich die Landmandschaft in Kopenhagen ihre Zahlungen einstellen. In dem Kontext der Bank geht auch der Prinz; sein Verlust soll 20 Millionen Kronen übersteigen. Der Prinz und seine Familie sind wirtschaftlich vollkommen ruiniert. Dabei muß hervorgehoben werden, daß Prinz Waldemar bei seiner Verheiratung mit Prinzessin Marie von Orleans eine bedeutende Mitgift erhielt. Auch diese ist bis auf den letzten Heller verloren. Sein eig. der „Geldelast“, der seinen dem Amalienborger Königsschloß liegt, wird nun geschlossen, allen seinen Angestellten ist gekündigt worden; sein Gehalt wird aufgehört; die Pferde werden teils geschlachtet, teils an Freunde veräußert. Wenn der Prinz seine Sendung in Ostasien beendet hat, wird er bei seiner Schwester und seinem Schwager, dem Herzogsohn von Cumberland, seinen Wohnsitz nehmen.

Ein neuer englischer Riesendampfer. Nach einer Periode des Stillstandes im englischen Schiffbau haben jetzt die altberühmten englischen Werftwerke von der Orient Line Ltd. einen neuen erstklassigen Riesenschiffbau von circa 20 000 Tonnen bestellt erhalten. Das Schiff wird auf den Werften in Barrow gebaut werden. Die Maschinen, die das Schiff antreiben sollen, werden ganz neuartig sein. Es sollen Turbinen sein, die durch ein besonders einfaches Reduktions-

getriebe auf die Schrauben wirken. Die Kessel werden für Dampferzeugung eingerichtet sein. Das Schiff soll den Dienst zwischen England und Australien versehen.

Der heutige Gesamtanfrage liegt ein Prospekt der Firma J. Schwaibler, Stuttgart, bei betr. Edd. Klassenlotterie. Wir empfehlen denselben besonderer Beachtung.

Maul- und Klauenseuche.

In den Gemeinden Dedensfron O. A. Calw und Oeselsbach O. A. Freudenstadt ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Neuenbürg, den 5. Dezember 1922.

Oberamt:
Wagner.

Wirt. Amtsgericht Neuenbürg.

In das Genossenschaftsregister ist heute bei dem Darlehensvereine Vieselsberg, e. G. m. u. H., Sitz Vieselsberg, eingetragen worden: In der Generalversammlung vom 5. November 1922 wurde das Statut durch Erhöhung des Geschäftsanteils geändert.
Den 1. Dezember 1922.

Obersekretär Dürr.

Erhöhung der Schutzgelder für Raubzeug.

Die seither gewährten Schutz- und Fanggelder für Raubzeug sind vom Bezirksrat mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 an erhöht worden und betragen:

1. für 1 Hühnerhabicht 60 M.
2. für die übrigen Tagraubvögel, mit Ausnahme der Buzarde, Turmfalken, Gabelweihen, Raben und Eichelhäher 30 M.
3. für Nestjunge der genannten Vogelarten die Hälfte dieser Sätze.

Die amtlichpersönlichen Schutzgelder sollen insoweit nicht gewährt werden, als solche seitens der Staatsforstverwaltung für das in ihren Selbstverwaltungsjagden erlegte Raubzeug bezahlt werden.

Oberamtspfleger Kübler.

Gemeinde Schwann. Stammholz- u. Stangenverkauf.

Aus dem Gemeindevwald, Abtlg. Farnhall kommen am Freitag, den 8. Dezember 1922, vorm. 10 Uhr, im Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:
101 Fm. tann. Stammholz III. bis VI. Klasse,
2 Fm. tann. Sägholz III. Klasse.

384 St. Baukanten Ia. bis III. Klasse, 171 Stück
Hagkanten I. bis III. Kl., 20 St. Hopfenkanten I. und II. Klasse.

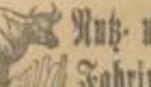
Anzüge sind rechtzeitig beim Schultheißenamt zu bestellen.

Neulatz. Empfehle auf Weihnachten Christbaum-Schmuck.

große Auswahl in
Schokolade, Springerle, Lebkuchen,
ff. Salatöl (Sejam),
großer Vorrat in
Rudeln u. Makaroni, Reis, Weizengries,
Grünkern, Sago, Erbsen, Bohnen, Linsen,
frisch gerösteter
Bohnenkaffee, Malzkaffee,
Spezial-O-Mehl, Puddingpulver,
Seife,
große Auswahl in Zigaretten u. Tabake.
Alles noch sehr preiswert.
Ein Versuch wird sich lohnen.

Fr. Schaible, Kolonialwaren.

Neulatz. Sehe ein schönes, 14 Wochen trächtiges

dem Verkauf aus
Jacob Rüdler
Neulatz. Eine ältere, 19 Wochen trächtige

wegen Futtermangel zu verkaufen
Fr. Schaible.

Neuenbürg. schöne, gutschende, hat zu verkaufen
A. Schumacher.
Guterhaltene
Zimmer-Einrichtung
mit Sofa und gepolsterten
Sesseln zu verkaufen.
Zwischenhändler verboten.
Hörzheim, Güterstr. 9, 1.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

